Persönliche Kopie von: HANSRUEDI BÜHRER

Bauen auf ungewiss
Das Thaynger Reckenschulhaus wird aufgestockt – aber ob nach Plan gebaut werden kann, weiss nur der Bund. / 22

Volkswirtschaftsdirektor Ernst Landolt (links) führte gestern aus, wie die Wirtschaftshilfen des Kantons Schaffhausen jene des Bundes ergänzen sollen. BILD MELANIE DUCHENE

30 Millionen Franken für Darlehen und 15 Millionen à fonds perdu für Härtefälle

Wer von den Wirtschaftshilfen des Bundes nicht aufgefangen wird, dem will der Kanton helfen. Nun gab die Regierung bekannt, wie die 50 Millionen Franken zur Minderung der Folgen der Corona-Krise eingesetzt werden sollen.

Dario Muffler

Unkompliziert sollen sie sein und als Ergänzung zum Mammut-Hilfspaket des Bundes gesehen werden: die Wirtschaftshilfen, die der Schaffhauser Regierungsrat gestern im Detail vorgestellt hat. Letzte Woche hatte er angekündigt, 50 Millionen Franken zur Minderung der Auswirkungen der Corona-Krise einsetzen zu wollen. «Das Paket hat subsidiären Charakter», unterstrich Volkswirtschaftsdirektor Ernst Landolt vor den Medien im BBZ Schaffhausen. Für Unternehmen in Schwierigkeiten gelte es zunächst, die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten zu nutzen, wozu etwa das Instrument der Kurzarbeit zählt. Hierfür hat der Bundesrat acht Milliarden Franken versprochen. Die nächste Stufe in der Kaskade sei das Hilfsprogramm des Bundes. «Erst dann kommt die Unterstützung des Kantons zum Zug, und natürlich hoffen wir auch, dass die Gemeinden ihre Beiträge leisten», sagte Landolt.

Dass die Kurzarbeit vielen Betrieben fürs erste etwas Luft verschafft, wurde in den Ausführungen von Vivian Biner, Leiter des Kantonalen Arbeitsamts, deutlich. «Bis jetzt haben wir 600 Gesuche erfasst, 200 fehlen noch», sagte er. Betroffen seien insgesamt über 4000 Arbeitnehmende. «Das ist das Vierfache der Finanzkrise 2008.» Die Fülle der Anfragen bringt das Arbeitsamt entsprechend ans Limit (SN von gestern). «Es kann in dieser Situation sein, dass es bis zu einem Monat dauert, bis ein Unternehmen das Geld von der Arbeitslosenkasse ausbezahlt bekommt», so Biner.

Mehr als die Hälfte für Bürgschaften

Von den insgesamt 50 Millionen Franken stellt der Kanton 30 Millionen Franken für Bürgschaften auf Überbrückungskredite bereit. Der Kanton sichert Darlehen zwischen 20 000 und maximal 500 000 Franken zu 85 Prozent ab. Durch die Deckung gibt der Staat den Banken einen grösseren Spielraum bei der Kreditvergabe. Dass der Kanton aber nicht das volle Risiko trägt, sei bewusst gewählt, so der Volkswirtschaftsdirektor. «Damit verpflichten wir Banken, ein gewisses Risiko mitzutragen», sagte Landolt. «Es geht nämlich nicht darum, Strukturerhaltung zu betreiben, sondern Betriebe zu retten, die unverschuldet in Not geraten sind.»

Dass der Kanton nicht wie der Bund Darlehen bis 500 000 Franken zu 100 Prozent verbürgt, hänge damit zusammen, dass es eine nachgelagerte Hilfsmassnahme sei, so Landolt. «Weil die Darlehen des Bundes höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes betragen dürfen, kann es gut sein, dass das nicht reicht.» Beim Zinssatz wird sich der Kanton nach dem Bund richten.

Sozialhilfefälle verhindern

Der Regierungsrat stellt 15 Millionen Franken für sogenannte Härtefälle zur Verfügung. Zwar habe der Bund mit der Ausweitung der Kurzarbeitsregelung für die meisten Betriebe eine wirksame Unterstützung geschaffen. «Es gibt aber Unternehmen, die ihren Betrieb aufrechterhalten müssen, bei gleichbleibenden Ausgaben aber Umsatzeinbussen erleiden», sagte Landolt. Als Beispiel nannte er eine Kindertagesstätte. «Diese sind vom Bund zwar zum Weiterbetrieb verpflichtet», sagte er. «Aber viele Eltern schicken ihre Kinder nicht mehr in die Tagesstätte, was zu Umsatzeinbussen führt.» Betriebe in solchen Notlagen können einen Unterstützungsbeitrag beantragen, den sie dem Kanton nicht zurückbezahlen müssen.

> **«Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird sich verschärfen.»**
> **Ernst Landolt**
> Volkswirtschaftsdirektor

> **«Es kann bis zu einem Monat dauern, bis ein Unternehmen das Geld der Arbeitslosenkasse ausbezahlt bekommt.»**
> **Vivian Biner**
> Leiter Kantonales Arbeitsamt

Aus diesem Topf werden zudem Personen unterstützt, die sich bereits in der Arbeitslosigkeit befinden. «Die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird sich verschärfen», sagte Landolt. Das erschwere die Wiedereingliederung von Arbeitslosen. Um diese Personen vor der Sozialhilfe zu bewahren, will der Kanton die Anstellungsprogramme, die derzeit bereits für ältere Arbeitslose bestehen, ausweiten. Eine Person in einem solchen Programm arbeitet beispielsweise bei der Stiftung Impuls und bekommt 3000 Franken pro Monat. «Damit verhindern wir Sozialhilfekosten für die Gemeinden», sagte Landolt.

«Sorge um viele Betriebe»

Die gesamte Regierung zeigte sich gestern entschlossen, die Schaffhauser Wirtschaft so gut es geht zu unterstützen. Regierungspräsident Martin Kessler warnte aber: «Eine Bürgschaft alleine rettet ein Unternehmen nicht.» Ein Darlehen müsse zurückbezahlt werden, was längere Zeit Auswirkungen auf den Gewinn eines Unternehmens hat. «Die grösste Last dieser Krise müssen die Betriebe tragen», sagte Landolt. «Ich mache mir Sorgen um viele Betriebe.» Er frage sich ernsthaft, wie viele diese Situation überleben würden.

Um auch den Steuerzahlern ein paar Sorgen zu nehmen, sagte Finanzdirektorin Cornelia Stamm Hurter, wurde nicht nur die Abgabefrist der Steuererklärung bis Ende Juni verlängert. Auch wird auf Verzugszinsen verzichtet und eine Erstreckung der üblichen Zahlungsfrist, eine Ratenzahlung oder gar eine Stundung sei möglich. Zudem sei die öffentliche Hand angehalten, bei Zahlungsfristen kulant zu sein.

Über fünf Millionen Franken für Kultur- und Sportszene

Um Kulturunternehmen, Kulturschaffende sowie Laien, die in diesem Bereich engagiert sind, aber auch Sportorganisationen zu unterstützen, sieht der Schaffhauser Regierungsrat maximal fünf Millionen Franken vor. Damit solle der finanzielle Schaden, der durch die Absage oder die Verschiebung von Veranstaltungen oder die Schliessung von Kulturbetrieben entstanden ist, verringert werden, sagte Bildungsdirektor Christian Amsler gestern vor den Medien.

Im Kulturbereich hat der Bundesrat bisher bereits 280 Millionen Franken zur Verfügung gestellt. Diese werden unter anderem dafür eingesetzt, 80 Prozent des Ausfalls, den Kulturunternehmen und Kulturschaffende erleiden, zu decken. «Mit diesen fünf Millionen Franken wollen wir bis zu maximal 100 Prozent kompensieren», sagte Amsler.

Der Regierungsrat und der Schaffhauser Stadtrat haben gestern zudem beschlossen, dass die an Leistungsvereinbarungen geknüpften Beträge bezahlt werden, auch wenn die Leistungen nicht erbracht werden konnten. Amsler nannte als Beispiel das Museum zu Allerheiligen, das ja geschlossen sei. Aber auch das Schaffhauser Stadttheater oder die Kammgarn erhalten über Leistungsvereinbarungen Geld vom Staat.

Zahlreiche kulturelle Veranstaltungen werden zudem mit Einzelbeiträgen unterstützt. Für jede aufgrund der Corona-Epidemie abgesagte oder verschobene Veranstaltung werden diese Beträge ebenfalls ausbezahlt. *(dmu)* ■